

Regierungsratsbeschluss

vom 17. August 2021

Nr. 2021/1173

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die politischen Rechte und der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe (Umsetzung Neuausrichtung des Versuchsbetriebs) Schreiben an die Bundeskanzlei

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 28. April 2021 eröffnet die Bundeskanzlei die Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die politischen Rechte und der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe (Umsetzung Neuausrichtung des Versuchsbetriebs). Die Staatskanzlei unterbreitet das Schreiben (inkl. Beilage Fragebogen) an die Bundeskanzlei zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben (inkl. Beilage Fragebogen) an die Bundeskanzlei betreffend Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die politischen Rechte und der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Bundeskanzlei vom 17. August 2021 inkl. ausgefüllter Fragebogen

Verteiler

Staatskanzlei (rol, jol/ett)
Medien (aam)